

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Zypern muss einen substantiellen Beitrag leisten

Kein Hilfsprogramm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns

Die Eurogruppe hatte sich anlässlich ihrer Beratungen zu einem Hilfsprogramm für Zypern am 15. und 16. März auf Maßnahmen verständigt, die Zypern für die Gewährung einer Finanzhilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) umzusetzen hat. Dazu gehören die Schrumpfung des Bankensektors, die Eigentümer- und Gläubigerbeteiligung an der Bankenrestrukturierung, eine umfangreiche Haushaltskonsolidierung, die wirksame Bekämpfung der Geldwäsche und die Nachverhandlung eines russischen Kredits an Zypern. Zur Ausgestaltung dieses Programms hatte Zyperns Regierung unter anderem angekündigt, eine einmalige Stabilitätsabgabe auf Bankeinlagen von In- und Ausländern zu erheben, die Zinsertrag- und Körperschaftsteuer anzuheben und Staatsbetriebe zu privatisieren. Das zyprische Parlament hat allerdings an diesem

Dienstag seine Zustimmung für die Abgabe auf Spareinlagen verweigert. Seither gibt es keine Basis für ein europäisches Rettungspaket für das Land.

Nach der Entscheidung des zyprischen Parlaments erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Barthle: „Wir können die gestrige Ablehnung der einmaligen Abgabe auf Spareinlagen durch das zyprische Parlament nicht nachvollziehen. Wir halten die Entscheidung für einen schweren Fehler. Zypern selbst hat vergangenes Jahr einen Hilfsantrag gestellt, nachdem klar wurde, dass das Geschäftsmodell der Volkswirtschaft nicht mehr tragfähig ist. Derzeit sind zwei wichtige zyprische Banken auf Notfallunterstützung der Europäischen Zentralbank angewiesen. Europa hat seine Hilfe angeboten, Seite 2

IHKn kommen zur Landesgruppe

Die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der zwölf Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern kamen mit den Mitgliedern der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in Berlin zusammen. Auf das SPD-Wahlprogramm angesprochen, betonte der Landesgruppenvorsitzende Strobl: „Steuererhöhungen hat die CDU überhaupt nicht auf dem Plan. Im Gegenteil: Die Abmilderung der Kalten Progression bleibt auf der Agenda; hier muss insbesondere die SPD sich im Bundesrat bewegen.“ Auch der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, von Stetten, nahm Anstoß an den Vorstellungen der SPD: „Die Giftmischung aus Vermögenssteuer, Erbschaftsteuererhöhung, Kapitalertragsteuererhöhung und Anhebung der Einkommensteuersätze bleibt leider zu Lasten unserer vielen mittelständischen Unternehmen und Familienbetriebe auf der Agenda.“

Von Stetten kritisierte das Verhalten der SPD beim Bürokratieabbau. Hintergrund: Die Bundesregierung hatte beschlossen, die Aufbewahrungspflichten für Belege nach Handels- und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen. Nach Beratungen mit den Ländern hatte die Bundesregierung am 23. Mai 2012 mit dem Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 eine Regelung auf den Weg gebracht, die eine Verkürzung der Aufbe-



Josef Rief mit Praktikanten auf dem Weg zur nächsten Sitzung

wahrungsfristen zunächst auf acht Jahre, ab 2015 auf sieben Jahre vorsah. Diese Regelung wurde im Deutschen Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP, bei Ablehnung von SPD und Grünen, am 25.10.2012 beschlossen, und hätte die Unternehmen jährlich um 2,5 Mrd. Euro entlastet. Dies wurde im Dezember von den rot-grün regierten Ländern im Bundesrat einstimmig abgelehnt.

Jetzt Josef Riefs Freund werden auf Facebook!

Josef Rief ist jetzt auf Facebook sowohl mit einem persönlichen Profil als auch mit einer Fan-Page präsent. www.facebook.com/josefriefmdb

facebook

aber wir verschenken kein Geld. Für die Union war immer wichtig: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Ein Hilfsprogramm kann es nur geben, wenn glaubwürdige Schritte zur Korrektur der Fehler unternommen werden, die ursächlich zur Krise geführt haben. Etwas anderes könnten wir auch unseren Steuerzahlern gegenüber nicht rechtfertigen. Weder Deutschland noch die anderen Eurostaaten sind an den Problemen Zyperns schuld. Die Staatengemeinschaft ist nach wie vor bereit, Zypern über ein zielgerichtetes Hilfsprogramm zu helfen. Dabei geht es auch darum, die Einlagen der zyprischen Sparer dauerhaft zu schützen. Wenn zyprische Banken Konkurs gehen sollten, dann wären auch die Kleinsparer betroffen, möglicherweise sogar mit ihren gesamten Einlagen. Diesen Zusammenhang bewusst oder unbewusst zu übersehen ist verantwortungslos. Angesichts des großen Finanzbedarfs der zyprischen Banken und des Staates ist ein substanzieller Eigenbeitrag Zyperns unverzichtbar. Nur so kann die Staatsverschuldung des Landes mittelfristig wieder abgebaut werden, und nur so hat das Land eine Chance, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Die Tragfähigkeit des Programms ist eine fundamentale Voraussetzung für seinen Erfolg. Es war ausdrücklich nicht Position der Bundesregierung in den Verhandlungen der Eurogruppe am vergangenen Freitag, die Sparer bei den Banken über eine einmalige Abgabe zu beteiligen. Dieser Vorschlag – insbesondere auch die Beteiligung aller Sparer ab dem ersten Euro – kam von Seiten Zyperns. Es ist offenbar das Ziel der zyprischen Regierung, die Großanleger auf Kosten der eigenen Bevölkerung zu schonen. Das sollte die Regierung in Zypern auch ehrlich sagen. Wir vertrauen nun darauf, dass sich die Troika nicht erpressen lässt. Über die genaue Ausgestaltung des Eigenbeitrags von Zypern kann man sicher reden. Es darf aber kein Programm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns geben. Dies wäre nicht zu rechtfertigen und würde sicher keine Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen.“

Hintergrund: Es ist nun notwendig, dass das zyprische Parlament umgehend die Rechtsgrundlage für die Stabilitätsabgabe beschließt. Die Eurogruppe hat sich politisch auf Eckpunkte verständigt. Diese Eckpunkte werden dem Bundestag vorgelegt. Dann kann die Troika die Details (Memorandum of Understanding) eines Programms ausarbeiten. Eine abschließende Entscheidung wäre in der ersten Parlamentswoche im April möglich. Das deutsche ESM-Gesetz sieht diese zwei Stufen vor. Anschließend kann der ESM-Gouverneursrat das Programm in der zweiten April-Hälfte beschließen, sofern auch die Parlamente anderer Euro-Länder dem Programm zugestimmt haben. Barthle weiter: „Dass sich SPD und Grüne, die vor dem Gipfel am lautesten die Beteiligung auch der Bankeinlagen gefordert haben, nun an die Spitze der

Bedenkenträger stellen, zeigt, wie sehr ihr Handeln von Wahlkampfinteressen geleitet ist. Das wird dem Problem nicht gerecht. Der deutschen Regierung etwas in die Schuhe schieben zu wollen, das sie in keiner Weise zu verantworten hat, ist leicht zu durchschauen. Die SPD lehnt in Zypern die Einmalbeteiligung der Sparer zur Rettung des Staates und der Banken ab. In Deutschland fordert sie die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das passt nicht zusammen. Die Bundesregierung ist eine Bastion der Stabilität in der europäischen Krisenpolitik, und wir unterstützen den Finanzminister und die Bundeskanzlerin ausdrücklich in diesem Kurs.“■

Förderung von Forschung und Innovation

„Wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu schaffen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, ist für die Bundesregierung nicht nur ein Ziel für die jetzige, sondern auch für künftige Generationen. Gerade die aktuelle europäische Schulden- und Finanzmarktkrise zeigt eindringlich, wie wichtig dafür stabile makroökonomische Rahmenbedingungen und eine den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit verpflichtete Politik ist“, so die Bundesregierung in ihrem Bericht über „Zukunftsprojekte der Hightech-Strategie (HTS-Aktionsplan)“, der an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag zur Debatte stand.

Bundesbildungsministerin Wanka stellte die Erfolge in der Bildungs- und Forschungspolitik heraus: „Deutschland gehört weltweit zu den innovativsten Ländern.“ Das läge an der Entdeckerfreude und der Innovationsfreude der Menschen. Die deutsche Volkswirtschaft sei heute die viertgrößte nach den USA, China und Japan. Hintergrund: Deutschland ist dank der konsequenten Forschungspolitik der christlich-liberalen Koalition ein Forschungsstandort erster Güte. Die in Deutschland aufgewandten Mittel für Forschung und Entwicklung haben 2011 insgesamt 74,8 Mrd. Euro erreicht, den höchsten Wert seit Gründung der Bundesrepublik. Diese Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Wirtschaft lagen damit um 34 Prozent über dem Vergleichsjahr 2005. Mit einer Forschungs- und Entwicklungsintensität von 2,88 Prozent haben wir im Jahr 2011 die bedeutende Zielmarke von drei Prozent fast erreicht. Nach den USA ist Deutschland das zweitwichtigste Zielland für Investitionen internationaler Forschungs- und Entwicklungsunternehmen. Das führt dazu, dass erstmals mehr als 500.000 Menschen in Deutschland für Forschung und Entwicklung arbeiten – ein Plus von 72.000 Personen seit 2005. ■

Zitat

«Europa muss nicht jede kleine Bude retten.» (Der Chef des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, hält in der «Saarbrücker Zeitung» eine Staatspleite Zyperns als Alternative zu einem Rettungspaket für verkraftbar.) ■

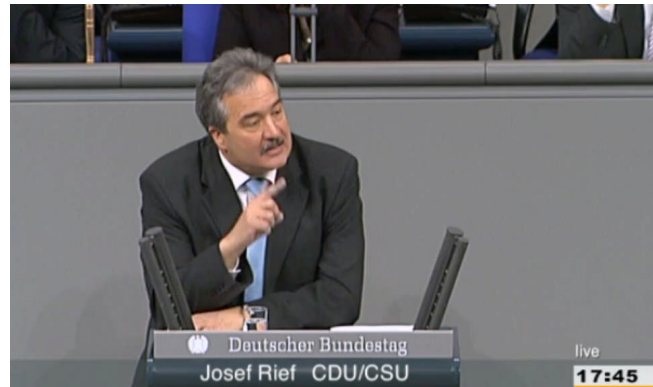


22.03.2013 Volles Haus in Berlin - Praktikanten im Büro Rief

Neben seinen regulären Praktikanten Lisa-Marie Borst aus Altheim (b. Riedlgen) und Marjorie Freese aus Frankreich waren für eine Woche auch drei BOGY-Praktikanten (Berufsorientierung am Gymnasium) vom Carl-Laemmle-Gymnasium aus Laupheim im Berliner Büro von Josef Rief. Dabei erlebten Stefanie Baur, Robin und Nikolas Dehler die Arbeit in einem Abgeordnetenbüro und begleiteten Josef Rief zu vielen Sitzungen und Veranstaltungen.

21.03.2013 Rief spricht im Bundestag zur Eierkennzeichnung und Legehennenhaltung

In seiner Rede im Bundestag hat Josef Rief vor einem deutschen Alleingang bei der Kennzeichnung von verarbeiteten Eiern aus verschiedenen Legehennenhaltungsformen gewarnt. Nur eine einheitliche europäische Regelung, an der in Brüssel gearbeitet wird, kann Verbesserungen bringen, ohne die heimischen Geflügelbauern im Wettbewerb zu benachteiligen. Der Antrag der Grünen, der eine weitere alleinige Regulierung deutscher Produkte fordert, hat nicht zufällig seinen Weg in die Tagesordnung in der letzten Sitzungswoche vor Ostern gefunden. Ein ganz klares Wahlkampfmanöver. *Den Link zum Video zur Rede finden Sie auf www.josef-rief.de.*



20.03.2013 Pressemitteilung: CDU-MdB Rief verärgert über Vorschläge der grün-roten Landesregierung zum Bundesverkehrswegeplan - Rief: "Landesregierung handelt feindlich gegenüber dem ländlichen Raum!"

"Diese Vorschlagsliste ist ein Skandal! Diese Entscheidung der grün-roten Landesregierung ist für alle Menschen in unserer Region ein heftiger Schlag", empört sich der heimische Bundestagsabgeordnete Josef Rief (CDU) über die Vorschläge der baden-württembergischen Landesregierung zum Bundesverkehrswegeplan. Der Bundesverkehrswegeplan enthält alle Verkehrsprojekte des Bundes, die von 2015 bis 2030 umgesetzt werden sollen. Die Landesregierung war vom Bundesverkehrsministerium aufgefordert worden eine Vorschlagsliste mit all den Straßenbaumaßnahmen zu erstellen, die in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg realisiert werden sollen. Diese Vorschlagsliste wurde jetzt in Stuttgart vorgestellt. Projekte, die bei den Vorschlägen keine Erwähnung finden, werden voraussichtlich bis 2030 keine Realisierungschance haben.

Der Kreis Biberach findet, mit seinen wichtigen Infrastrukturprojekten in der Auflistung keine angemessene Beachtung. Die Ortsumfahrungen B 312 Biberach-Ringschnait und Ochsenhausen-Edenbachen und B 465 Warthausen werden nach Information von Rief in der Vorschlagsliste nicht einmal erwähnt. "Die Landesregierung verhält sich hier höchst unverantwortlich, lässt kleine Gemeinden und Städte unter hohem Verkehrsaufkommen ersticken und stellt damit deutlich unter Beweis, wie wenig ihr an der Entwicklung des ländlichen Raums gelegen ist", sieht der CDU-Parlamentarier in der Feindlichkeit der rot-grün geführten Landesregierung gegenüber ländlicheren Regionen den Grund für die Missachtung der heimischen Infrastrukturprojekte. Beide genannten Projekte sind im bis jetzt noch gültigen Bundesverkehrswegeplan von 2003 aufgeführt und werden als sinnvoll betrachtet. Dass beide Vorhaben jetzt nicht einmal erwähnt werden stimmt den Biberacher Abgeordneten besonders ärgerlich. *Lesen Sie weiter auf www.josef-rief.de*